



Freiheit für die Westsahara e.V.

Pressemitteilung

Freiheit für die Westsahara e.V.
c/o BeN e.V.
Breitenweg 25
28195 Bremen

Bremen, 18.01.2022

- Vorstand -

Tel: +49 (0)157-84 89 39 24
Email: freie_westsahara@posteo.de
web: www.freie-westsahara.eu

Kniefall vor Besatzungsmacht statt Stimme des Völkerrechts

Nur wenige Tage nach ihrem Amtsantritt nimmt die Ampelkoalition eine Kurskorrektur der Außenpolitik zum Königreich Marokko vor, indem Sie am 13.12.2021 die Beschreibung der bilateralen Beziehungen auf der Seite des Auswärtigen Amtes zum deutlichen Wohlgefallen der marokkanischen Regierung schönfärbt. Entscheidend ist dabei, dass sie in Punkto der von Marokko völkerrechtswidrig besetzten Westsahara auf die unverhohlenen Forderungen Marokkos zugeht, dessen Hoheitsansprüche anzuerkennen. Seinen „Autonomieplan“ von 2007 betrachtet Marokko dabei als einzige Basis für Verhandlungen um die Lösung des Westsaharakonfliktes bei den UN. Letzterer wird dort als letzter Kolonialkonflikt Afrikas im Rahmen der Dekolonialisierungsbeschlüsse behandelt.

Vorstand:
Tanja Brodtmann (Vorsitzende)
Regina Dietzold
Dr. Leonie Gaiser (stellv. Vorsitzende)
Dr. Wolf-Dieter Seiwert
Hamdi Mohamed Salek
Dr. Judit Tavakoli (Schatzmeisterin)

Vereinsregistereintrag:
VR 7695 HB

Triodos Bank
IBAN: DE19 5003 1000 1089 6120 00
BIC: TRODDF1

Marokkos König machte im letzten Jahr noch einmal deutlich: Die Westsahara sei marokkanisch - zur Einbindung der Westsahara in das Königreich gäbe es keine Alternative. Entsprechend sei der „Autonomieplan“ die einzige Grundlage für Verhandlungen bei den UN. Dieser beinhaltet eine Eingliederung der Westsahara als eine Region in das Königreich bei in Aussicht gestellten Zugeständnissen bezüglich der regionalen Entscheidungskompetenzen.

Marokko betreibt eine Blockadepolitik in den UN, die es ungestraft fortsetzen kann. Mit Verweis auf die Vorlage des „Autonomieplanes“ kann es immer behaupten, einen Beitrag zur Konfliktlösung geleistet zu haben. Mit der Blockade erreicht Marokko, dass es die Westsahara weiterhin ohne internationale Sanktionen besetzen, die autochthone Bevölkerung mit Siedlungspolitik verdrängen und die in großem Umfang vorhandenen Rohstoffe des Territoriums - mit Hilfe internationaler Unternehmen und der EU als Handelspartnerin - ausbeuten kann.

Nachdem US-Präsident Donald Trump im Dezember 2020 die Hoheitsansprüche Marokkos auf die Westsahara völkerrechtswidrig bilateral anerkannte und den „Autonomieplan“ ebenfalls zur einzigen Basis der



Freiheit für die Westsahara e.V.

Lösung des Konflikts erklärte, nahm die Nachfolgeregierung diese Anerkennung nicht zurück. Marokko fühlt sich in seinem Vorgehen bestärkt und versucht weitere offizielle und faktische Anerkennung durch Konsulateröffnungen afrikanischer und europäischer Länder in der besetzten Westsahara und Beeinflussung deren UN-Politik zu erwirken.

Deutschland ist durch Kritik an der US-Anerkennung und das Bestehen auf eine Lösung des Konfliktes im Rahmen der UN-Prozesse mit Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht des sahraischen Volkes bei Marokko in Ungnade gefallen und 2021 abgestraft worden: Die Botschafterin in Berlin wurde abberufen, den marokkanischen Behörden wurde jeder Kontakt mit deutschen Einrichtungen (GIZ, Stiftungen etc.) verboten.

Nun vollzieht die neue Bundesregierung einen Kniefall vor der Besatzungsmacht dieses letzten Kolonialkonflikts in Afrika und erkaufte sich deren Wohlwollen mit der Würdigung des „Autonomieplanes“. Auf Nachfragen in der Bundespressekonferenz betonte der Sprecher der Bundesregierung am 15.12.2021, dass Deutschland bei seiner Position einer Lösung des Konflikts im Rahmen des UN geführten Friedensprozesses bleibe. Dies erscheint angesichts des vollzogenen Kniefalls wenig glaubwürdig. Ein Lob des „Autonomieplans“ stärkt die Position der USA und Frankreichs, die die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts des sahraischen Volkes nicht als Ziel verfolgen, sondern selbst Fakten schaffen bzw. einer realpolitischen Lösung der geschaffenen Fakten den Weg bereiten.

Wie die USA und Frankreich ist auch Deutschland offensichtlich bereit, den Einsatz für Völkerrecht und Menschenrechte seinen eigenen wirtschaftlichen und "sicherheitspolitischen Interessen" (Stopp von Geflüchteten an der EU-Außengrenze zu Afrika) zu opfern. In diesem Zusammenhang ist auch mit großer Sorge, die Einladung des marokkanischen Königs durch Bundespräsident Steinmeier zu sehen. Ein Besuch Mohameds VI. wäre der erste Staatsempfang eines marokkanischen Monarchen in Deutschland nach 1965. Es bedarf keiner großen Phantasie, um davon auszugehen, dass das Hauptanliegen des Königs, die Anerkennung der „Marokkanität der Sahara“ ist, und dass dieses im Vorfeld des Besuchs geklärt werden soll. Das wäre aus marokkanischer Sicht ein Erfolg und eine Niederlage für des sahraische Volk.

Dass diese Kursänderung als eine der ersten Amtshandlungen ausgerechnet eine Grüne Außenministerin in die Wege leitet, ist enttäuschend. Noch im April 2021 hatten die Grünen im Bundestagsantrag 19/8984 gefordert, die völkerrechtswidrige Verwaltung der Westsahara durch Marokko nicht durch eine Annäherung an Marokko anzuerkennen.

Freiheit für die Westsahara e.V.
c/o BeN e.V.
Breitenweg 25
28195 Bremen

- Vorstand -

Tel: +49 (0)157-84 89 39 24
Email: freie_westsahara@posteo.de
web: www.freie-westsahara.eu

Vorstand:
Tanja Brodtmann (Vorsitzende)
Regina Dietzold
Dr. Leonie Gaiser (stellv. Vorsitzende)
Dr. Wolf-Dieter Seiwert
Hamdi Mohamed Salek
Dr. Judit Tavakoli (Schatzmeisterin)

Vereinsregistereintrag:
VR 7695 HB

Triodos Bank
IBAN: DE19 5003 1000 1089 6120 00
BIC: TRODEF1



Freiheit für die Westsahara e.V.

Diese Agenda sollte die deutsche Außenministerin befolgen und sich innerhalb der UN tatkräftig für die Dekolonialisierung der Westsahara durch Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des sahrauischen Volkes einsetzen.

Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, im Rahmen der EU die wiederholte Rechtsprechung der Europäischen Gerichte zum notwendigen Ausschluss der besetzten Westsahara aus den Fischerei- und Handelsabkommen der EU mit Marokko anzuerkennen und deren Umsetzung voranzubringen statt diese zu behindern. Das Völkerrecht kann und darf nicht den Annexionswünschen des marokkanischen Königs oder deutschen Wirtschaftsinteressen geopfert werden, wenn Deutschland „mehr Verantwortung“ in der Welt übernehmen will.

Tanja Brodtmann
-Vorsitzende-

Freiheit für die Westsahara e.V.
c/o BeN e.V.
Breitenweg 25
28195 Bremen

- Vorstand -

Tel: +49 (0)157-84 89 39 24
Email: freie_westsahara@posteo.de
web: www.freie-westsahara.eu

Vorstand:
Tanja Brodtmann (Vorsitzende)
Regina Dietzold
Dr. Leonie Gaiser (stellv. Vorsitzende)
Dr. Wolf-Dieter Seiwert
Hamdi Mohamed Salek
Dr. Judit Tavakoli (Schatzmeisterin)

Vereinsregistereintrag:
VR 7695 HB

Triodos Bank
IBAN: DE19 5003 1000 1089 6120 00
BIC: TRODEF1